

# Die steigende Wohnungsnot.

Von Walter Dohme, Berlin.

Zahlen pflegen im Gegensatz zum Sprichwort für die weitaus meisten Menschen durchaus nicht zu reden, und die Milliardenziffern, die heute die bankrotte Finanzwirtschaft des deutschen Reichs kennzeichnen, sprechen eine höchst unverständliche Sprache, da sie nur ganz wenigen Fachleuten eine wirkliche Vorstellung übermitteln. Um so mehr müssen wir uns an Zahlen klammern, die in der Tat durch sich selbst eine nachdrückliche Vorstellung übermitteln. Zwei solche Ziffern hat kürzlich der Wohnungsbauminister Wehl genannt. Er stellt fest, daß es zur Zeit in Berlin etwa 100 000 vergeblich nach einer Wohnung suchende Familien gibt und, daß die Zahl dieser Familien im Reich wohl etwa eine Million beträgt. Rechnet man die Familie durchschnittlich nur zu drei Köpfen und die Bevölkerungsziffer des deutschen Reichs auf 60 000 000, so ist in Deutschland unter zwanzig Leuten immer einer, der ohne eine Wohnung ist, und für Berlin bedeuten diese Ziffern, daß schon unter zehn Personen stets eine nach einer Wohnung sucht. Wieviel Zimmer und Geld in diesen trockenen, nackten Ziffern steckt, ist kaum auszudenken. Wieviel Ehen durch diese Wohnungsnot zerstört werden, wieviel Menschen nicht den Boden finden können, auf dem sie Wurzeln fassen, wieviel Schädler an der Volksgesundheit durch diese Wohnungsnot angerichtet wird, das vermögen weder Ziffern, noch Worte auszudrücken. Und was geschieht gegenüber diesem schleichenden Uebel, das die Jugend unserer Kinder zerstört, das Moral und Sittlichkeit gefährdet, das unerfährliche ideale Werte im Volke zerstört und an den Wurzeln der Lebenskraft unseres Volkes nagt? Regierungsvertreter und bürgerliche Sozialpolitiker werden auf diese Frage hunderte von kleinen Maßnahmen und Hilfsmitteln aufzählen, mit denen man die Wohnungsnot zu „bekämpfen“ versucht, um zum Schluß einzugesuchen, daß die eine einzige wirklich erfolgreiche Maßnahme, nämlich der Neubau von Wohnungen nicht ergriffen werden kann, weil das kapitalistische Wirtschaftssystem zu dieser Leistung nicht mehr imstande ist. Nirgends hat der Kapitalismus mehr abgewirtschaftet, als auf dem Gebiet der Bodenwirtschaft, nirgends ist weniger Aussicht, mit Mitteln der kapitalistischen Wirtschaft zu einer Besserung der Verhältnisse zu kommen, als im Bankrott des häßlichen Grundbesitzes.

Es muß einmal gesagt werden, daß unsere Partei (allerdings wie sie zu ihrer Entschuldigung anführen kann, abgehalten durch die großen schwebenden politischen Fragen) die Wohnungsfrage und die Frage der Sozialisierung des städtischen Grundbesitzes vernachlässigt hat. Der Kampf, den die Mieterorganisationen gegen die städtischen Grundbesitzer führen, muß von unserer Partei zur Revolutionierung der Massen nutzbar gemacht werden. Dazu ist es vor allen Dingen notwendig, daß mehr Verständnis für diese Frage in die Reihen unserer Partei getragen wird. Dazu ist weiter notwendig, daß die Forderung der Sozialisierung des Grund und Bodens zu einer ebenso mächtigen Kampfpatrie wird, wie die nach der Sozialisierung des Bergbaues. Unsere Vertreter in den Parlamenten werden noch in dieser Parlamentssession eine systematische Kritik der Wohnungspolitik der Reichsregierung und der Landesregierungen vornehmen müssen. Das Material hierfür ist unergründlich. Die leerstehende Villa der Gräfin Wartenberg im Tiergartenviertel Berlins ist nur ein Tropfen im Meer der Korruption, das unsere Wohnungspolitik darstellt. In Berlin beträgt die Zahl der Fälle, in denen eine oder zwei Personen fünf, sechs, acht oder mehr Zimmer inne haben, nicht etwa nur hundert, sondern weit über die tausend, und in andern Großstädten und Kleinstädten ist es nicht besser. Wir werden verlangen müssen, daß ein völliger Umbau der Wohnungsämter erfolgt und zwar in der Weise, daß die Wohnungssuchenden selbst zur Mitarbeit an der Wohnungsverteilung und Wohnungskontrolle herangezogen werden.

Aber mit dieser Kritik ist nicht genug geschehen. Auch die grundsätzliche Bekämpfung der kapitalistischen Wohnungspolitik reicht nicht aus. Es ist notwendig, daß unsere Partei sich entschließt, die Einzelprobleme für die Durchführung der Sozialisierung des Grund und Bodens eingehend zu diskutieren und durchzubringen: aus dieser Diskussion müssen konkrete, fest umrissene Sozialisierungsmaßnahmen hervorgehen, diese wiederum müssen in die Form eines Gesetzes umgewandelt werden. Nur so werden wir unsere Aufgabe in der Wohnungsfrage erfüllen und von Worten endlich zu Taten kommen. Die Basis, auf der eine solche Aktion aufgebaut werden kann, ist viel breiter, als die meisten heute ahnen. Der Widerstand, den die kapitalistische Bodenwirtschaft noch leisten kann, ist angesichts des drohenden Zusammenbruchs unserer gesamten Hypotheken- und Grundstückswirtschaft so gering, daß er kaum in Rechnung gesetzt zu werden braucht. Die Logik der Tatsachen ist so deutlich auf unserer Seite, daß selbst der Widerwilligste zugeben muß, daß eine Lösung des Wohnungsproblems ohne Sozialisierung des Grund und Bodens überhaupt nicht möglich ist. Andererseits sind die Schwierigkeiten, die in wirtschaftlicher Beziehung in der Sozialisierung des Grund und Bodens liegen, so gering, wie auf keinem andern Wirtschaftsgebiete.

Wenn wir deshalb nicht selbst die Verantwortung für die dauernd steigende Wohnungsnot übernehmen wollen, wenn wir nicht uns selbst des Rechts der Kritik an der kapitalistischen Wohnungspolitik berauben wollen, wenn wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, durch Unfähigkeit zu all dem Elend, das mit der Wohnungsnot verbunden ist, beigetragen zu haben, wenn wir nicht eines Tages ratlos vor der Katastrophe der zusammenbrechenden kapitalistischen Bodenwirtschaft stehen wollen, so ist es Zeit, daß die Sozialisierung des Grund und Bodens eine unserer lebenswichtigsten Kampfpatrien wird.

## Siedlungspolitik und Ernährungsfrage.

Berlin, 14. Dezember.

Zu lebhaften Zusammenstößen zwischen der linken und rechten Seite des Hauses kam es heute bei der Beratung des Kapitels Ernährungsministerium. Die einseitige Interessenpolitik, die die Regierung zugunsten der Agrarier treibt, wurde von sozialdemokratischer Seite an einer Reihe drastischer Beispiele dargestellt. Nebenher gab es noch ein Duell zwischen dem ehemaligen liberalen Bauernbundführer Dr. Böhm, der jetzt völlig ins Lager des Bundes der Landwirte abgeschwenkt ist, und dem preussischen Landwirtschaftsminister Braun.

Die Bauern haben während des Krieges nicht nur ihre Hypo-

thekendarlehen abgehört, sondern auch Reichsküster angeammelt. Diese wollen sie nun in materielle Güter umtauschen, wozu ihnen das Siedlungsgesetz die Möglichkeit bieten soll. Weil das Siedlungsland nun nicht in der von ihnen gewünschten Weise freigegeben wird, machen sie schon seit längerer Zeit gegen die preussische Regierung mobil. Auch der Leiter des Deutschen Bauernbundes, Dr. Böhm, ritt heute eine scharfe Attacke gegen den preussischen Landwirtschaftsminister. Er warf ihm vor, Schuld zu haben, daß das Land nicht freigegeben werde, ja daß durch die gesetzlichen Maßnahmen besonders durch die Ausführungsbestimmungen, die Freigabe des Landes sabotiert werde. Für seine Behauptungen stützte sich der Redner auf Mitteilungen, die er von Landräten erhalten habe. Diese Angriffe brachten den preussischen Landwirtschaftsminister auf die Rednertribüne. In seiner berben Weise sagte er den Kritikern an und warf ihnen scheltend vor, eine demagogische Wahrede zur preussischen Landtagswahl gehalten zu haben; er habe den Reichstag mit einer urteilsunfähigen Bauernversammlung verwechselt.

Interessant ist nun die Stellung der preussischen Regierung und der Reichssozialisten zur Siedlungsfrage überhaupt. Treten die Kommunisten in ihrem Programm als Schlichter des Privatigentums bei der Landwirtschaft ein, so schaffen die Reichssozialisten mit ihrer Siedlungspolitik neue Scharen kleiner Landbesitzer. Nach dem Siedlungsgesetz sollen in 25 bis 30 Jahren etwa 2 bis 3 Millionen Hektar Land an Anbauer abgegeben werden. Bis jetzt sind nach Braun 30 000 Hektar abgegeben worden. In einer Zeit, wo sich die ganze Eigentumsordnung mit dem Gesellschaftsbau unwirksam, nimmt sich diese Siedlungspolitik wie Spielerei mit sozialen Problemen aus.

Neben der eigentlichen Ernährungsdebatte gab es noch eine politische, die dadurch veranlaßt wurde, daß die nationalsozialistische Kreise, die an der Ernährung des Volkes und der Hungerpolitik die Schuld tragen, diese Schuld von sich ab- und auf die Entente wälzen wollen. Die Regierung, statt diesem Treiben entgegenzutreten, stützt es noch durch Stillhalteverfahren. Genosse Dr. Mose nahm sich diese nationalsozialistische Kreise vor und zeigte besonders an dem Beispiel des Deutschen Metzlerbundes, welche gefährlichen Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben wird. So wurde behauptet, die Entente verlange die Ablieferung von über 800 000 Metrikzentnern. Als dann bekannt wurde, daß gar keine Stillstände abgeleitet werden sollten, sondern Jungvieh, behaupteten dieselben Kreise, das sei noch schlimmer. Der Deutsche Metzlerbund hätte mit seinem Aufruf nicht nur der Metzgerei geschadet, sondern das deutsche Volk schwer geschädigt. Genosse Mose stellte dann eine Reihe konkreter Fragen an den leider abwesenden Ernährungsminister. Weil auch schon andre Redner vom Minister Auskunft verlangt haben und der Zustand geradezu unvorstellbar ist, daß der Minister bei solchen Debatten fehlt, beantragte Genosse Ledebour, die Sitzung so lange zu vertagen, bis der Minister telefonisch herbeigerufen sei; es habe keinen Zweck, wenn eine Herde verantwortungsloser Geheilmänner da herumstehe. Ein Ministerialdirektor versuchte den Minister zu entschuldigen; er sei zu einer dringenden dienstlichen Angelegenheit abgerufen worden. Den Antrag des Genossen Ledebour lehnte die Mehrheit des Hauses ab.

Die Aufdeckung des volkschädigenden Treibens des Deutschen Metzlerbundes brachte seinen Geschäftsführer Dr. Weibel aus Leipzig auf den Plan, der in einer echt nationalsozialistisch-schnoddrigen Art antwortete und damit lebhafteste Zwischenrufe auslöste. Nach der Meinung des Herrn Dr. Weibel macht sich Deutschland lächerlich, wenn es der Entente gegenüber bei der Wahrheit bleibt. Dieses unerhörte Auftreten brachte sogar den ruhigen, abwägenden Edward Bernstein auf die Tribüne. In trefflichen Ausführungen fertigte er die Nationalisten ab und stellte nachdrücklich die Pflicht Deutschlands zur Wiedergutmachung der angerichteten Schäden fest.

Diese Rede brachte nun die Rechte des Hauses wieder zur Entzündung, die sich in lebhaften Zwischenrufen äußerte.

Unsere Genossin Wurm legte in einer vorzüglichen Rede die gegenwärtig herrschenden jammervollen Zustände auf dem Ernährungsgebiete dar und zeigte sie als Folge der jetzt noch immer betriebenen einseitigen Agrarpolitik auf. Einige Deutschnationale versuchten die Angaben unserer Genossin zu entkräften, sie brachten es aber nur zu der wirkungslosen Abseugung, daß die einseitige Agrarpolitik an der Hungertat des deutschen Volkes schuld sei.

Die Abstimmung über das Kapitel wird morgen erfolgen.

## Die Ermordung von Kämpfern gegen Verfassungsbruch ist erlaubt.

Ein neues Stück schamloser Klassenjustiz!

In Schwertlin i. M. hatten sich in der vorigen Woche die Zeitfreiwilligen Thormann, Wegner und Dittmann vor den Geschworenen zu verantworten. Sie waren angeklagt, dem Zeitfreiwilligen Harlinghausen, der schuldig geworden ist, Beihilfe zur Ermordung der Arbeiter Paul Zahnte aus Hungersdorf bei Grevesmühlchen geleistet zu haben. Die Angeklagten wurden freigesprochen. Den Verhandlungen lag folgender Tatbestand zugrunde:

Als nach Ausbruch des Rapp-Putsch General Lettow-Borke die Mecklenburgische Regierung gewaltsam absetzte, wurde zur Abwehr des hochverräterischen Unternehmens der Generalstreik ausgerufen. Der Arbeiter Zahnte war in Hungersdorf Führer des Streiks. Es wurden darauf zehn Zeitfreiwillige unter Führung des Angeklagten Thormann nach Grevesmühlchen berufen, die den Aufruf betamen, Zahnte zu verhaften und nach Grevesmühlchen zu bringen. Die Zeitfreiwilligenkolonne bestand aus jungen, unerschrockenen Bürgern, von denen ein großer Teil nicht einmal Soldat war und mit Gewehren nicht umzugehen wußte. In Hungersdorf angekommen, veranstalteten die Lämmer die übliche Schikerei, besetzten die Wohnung des Zahnte, verhafteten ihn und unterwarfen ihn einer qualvollen Folter. Der Gutsherr von Wittamer machte die Zeitfreiwilligen scharf, stülpte ihnen Wein ein, spendete Agarren und legte sie mit allen Kräften gegen Zahnte auf.

Daraufhin beschloßen die Heldenjähne, den Arbeiter Zahnte „standrechtlich“ zu erschießen. Er wurde auf einem Wagen nach Grevesmühlchen gebracht, unterwegs ließ der schuldig gewordene Harlinghausen den Wagen an einer Sandgrube halten. Zahnte wurde in die Sandgrube geführt und in Gegenwart der Angeklagten Wegner und Dittmann von Harlinghausen niedergeschossen. Hierauf verabredeten die Mörder, ihrem Vorgesetzten, dem Hauptmann Stöber in Grevesmühlchen, nach Berlinheim Muster zu senden. Zahnte sei bei einem Flugverlust erschossen worden.

Trotz des einwandfreien Tatbestandes wurden die Mörder auf freiem Fuße belassen, sie beschloßen, Harlinghausen als den Schuldigen zu bezeichnen, dieser wurde in Sicherheit gebracht, er hat aber bis vor kurzer Zeit noch Zusammenkünfte mit seinen

Mitverbrechern. — Das Geschworenengericht in Schwerin war musterhaftig zusammengesetzt, kein Arbeiter befand sich unter den Geschworenen. Der Staatsanwalt hatte wichtige Befastigungen nicht gelassen, nicht einmal den mit Zahnte zugleich verhafteten Arbeiter Bode, der bezogen konnte, daß Zahnte vor seiner Erschießung schwer mißhandelt worden ist. Wenn der Haupttäter Harlinghausen auch die Möglichkeit hatte, sich durch Flucht der Strafe zu entziehen, so hätten doch die Angeklagten zum mindesten wegen Beihilfe zum Mord bestraft werden müssen. Das ist nicht geschehen. Die Angeklagten wurden freigesprochen. Arbeiter wären tollkühner ins Anstaltshaus gekommen. Zeitfreiwillige Mörder bleiben straflos. Derartige Urteile wirken natürlich ermunternd für neue Verbrechen. Bei einem derartigen Treiben der Rechtsprechung ist kaum zu erwarten, daß die Geschworenen in Rassel, die in diesen Tagen über den Mord an den Arbeitern aus Bad Döse zu entscheiden haben, zu einem dem Tatbestand entsprechenden Urteil kommen werden. Die Klassenjustiz ist ein Zustand, der nur durch die Beseitigung der Klassenherzhaft ausgerottet werden kann.

## Der Hungerstreik der Millionäre.

Die bürgerliche Presse für die wuchernden Berliner Hoteliers. Der Bonifat der Berliner Hoteliers gegen die Millionäre, Schieber, Kokotten, Entente-Offiziere, Revolutionsgewinnler und Kapitalisten, die sonst in den Hotels geschlemmt haben, geht weiter, ohne natürlich das öffentliche Leben irgendwie zu beeinflussen. Die Zahl der Hotels, die geschlossen haben, ist ganz gering und selbstverständlich wird der, der in Berlin ernsthaft zu tun hat, herkommen, auch auf die Gefahr hin, im Hotel Eden nicht für 300 Mk. freihalten zu können. Um so gemeiner und rachsüchtiger gebärdet sich die bürgerliche Presse, die durch die Inserate der Hotels und zahlreicher Luxusbudens ausgehalten wird und von ihnen ihre schmutzigen Einkünfte bezieht. Hier haben alle Parteientwickler innerhalb der Bourgeoisie aufgehört. Der Lokalanzeiger, das Blatt für die Kolonen der Reichshauptstadt, ist vollkommen eins mit dem Berliner Tageblatt, selbst die Klassenunterschiede haben aufgehört. Dieselbe Presse, die die Schieberwirtschaft der Revolution in die Schänke schiebt und den Wahlskampf unter der Parole des Kampfes gegen die Wucherer und Kampfere geführt hat, lobt vor Enttäuschung, weil die Regierung sich scheinbar vorläufig durch den Hungerstreik der Millionäre nicht einschüchtern läßt. Vorläufig läßt sie erklären, daß die Hoteliers zu den Bedingungen, die für jeden andern gelten, in den Hotels verpflegt werden dürfen. Das Berliner Tageblatt fragt heute entsetzt, wann die Regierung „einschreiten“ wird (nämlich gegen den forsanten Staatsanwalt). Wir streiten, diese Frage wird nicht mehr oft gestellt werden müssen, wenn die Welt gewohnten Rechten im Brillo und bei Silber noch lange düksten werden, werden die Regierungsmittelglieder nicht länger schmollen können, um so mehr, als ihnen diese Günstigkeiten wohl nicht nur dem Namen nach bekannt sein dürften.

## Die Berliner Hotelangestellten fordern die Weiterführung der Betriebe.

Berlin, 16. Dezember. Die Berliner Hotelangestellten haben gestern einstimmig beschlossen, ihre Küchenbetriebe und Restaurationen bis spätestens heute abend zu schließen. In den Hotels werden weder Speisen noch Getränke verabreicht werden. Die Arbeitnehmer im Berliner Hotelgewerbe haben in einer Versammlung wohl die Verurteilung der beherrschenden Maßnahmen gegen die Hotels ausgesprochen, aber die sofortige Deckung der Betriebe und die Weiterführung der Unternehmungen unter Beobachtung der bestehenden Gesetze verlangt.

## Zwangsmassnahmen gegen die widerpenfligen Agrarier.

Berlin, 15. Dezember. Die preussische Regierung hat einen Erlaß herausgegeben, durch den die Provinzialbehörden aufgefordert werden, mit größter Entschiedenheit die Ablieferung von Brotgetreide durchzuführen. Der Erlaß stellt Requisitionen auf dem flachen Lande in großem Umfang vor, und zwar zunächst in den Kreisen und Bezirken, die mit der Ablieferung des Brotgetreides am stärksten zurückgeblieben sind.

## Ein neues Fiasko des Völkerbundes.

Genf, 13. Dezember. Die Völkerbundsversammlung besaßte sich am Montagvormittag mit dem Kommissionsbericht über den Internationalen Schiedsgerichtshof. Sie kam trotz der auf zehn Minuten beschränkten Redezeit zu keinem Ergebnis. Die Aussprache war äußerst bewegt, da eine ganze Reihe von Vertretern kleinerer Staaten dagegen auftraten, daß man in der Kommission trotz des Willens der Mehrheit den obligatorischen Charakter abgelehnt habe. Der brasilianische Delegierte betonte, daß die Mehrheit der kleinen Staaten sich einfach der Minderheit der großen Staaten habe fügen müssen, damit eine Verständigung möglich gewesen sei. Auch die Bestimmung, daß der Vermittlungsschluß von den einzelnen Regierungen ratifiziert werden muß, fand lebhaften Widerspruch. Besonders ausdrucksvoll war der Protest des belgischen Senators Lajontaine, der sich auf die Witwen, Mütter und Arbeitermassen berief, die alle zur Bekämpfung des Krieges auf einen obligatorischen Schiedsgerichtshof gehofft hätten. Gegen das Argument der Großmächte, daß die Souveränität der einzelnen Staaten nicht angegriffen werden dürfe, wandte sich Lafontaine mit den Worten: „Bei solchen Argumenten glaubt man in diesem Saale den Geist des Junkers zu verspüren, der auf der Haager Konferenz ebenfalls gegen den Fortschritt stimmte.“ Der starke Beifall, den Lafontaine hatte, zeigte, daß ein großer Teil der Versammlung wohl empfand, daß eine provisorische und mangelhafte Lösung der Schiedsgerichtsfrage ein schweres Fiasko des Völkerbundsgebankens werden könnte.

Nachdem man in der Vermittlungssitzung zu keinem Ergebnis gelangt war, wurde in einer zweiten Sitzung der Kommissionsantrag über den internationalen Gerichtshof einstimmig angenommen. In der Debatte fiel immer wieder das Wort, daß ein nicht obligatorischer Schiedsgerichtshof alles beim Alten lasse, daß der Völkerbund keine wesentliche Aufgabe, die Bekämpfung des Krieges, nur durch die Schaffung eines Gerichtshofes mit hindeckendem Urteil verwirklichen könne. Es war ebenso darauf hingewiesen worden, daß die Mehrheit sich in dieser Frage nur dem Dente der Großmächte bowete. Die Vertreter der großen Staaten, Italien, Frankreich und England, konnten sich nicht ihre Haltung auf nicht anders verteidigen, als durch Versöhnungen und Versicherungen für die Zukunft. Schließlich steckte wie immer der Wunsch, nichts gegen den Willen der maßgebenden Mächte zu unternehmen.

## Die Wiedergutmachungsfrage.

Berlin, 15. Dezember. Wie die Voss. Sta hört, sind zu offiziellen Delegierten für die Brüsseler Konferenz beklumt worden Staatssekretär Bernmann, Reichsbankpräsident Savenstein, Professor Dr. Bonn und als Vertreter der Gewerkschaften Generalkonferenzsekretär Sibenhardt, Reichsbankpräsident Savenstein ist an Stelle des